

BILDUNGSPOLITIK

Fördergelder
auf Halde

Das rot-grüne Milliardenprojekt zum Ausbau von Ganztagschulen verläuft zurzeit noch weitgehend erfolglos. Bis zur vergangenen Woche haben die Kultusministerien der Länder gerade mal 35 Millionen Euro für den entsprechenden Ausbau ihrer Schulen abgerufen. Nach den Plänen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn sollen bis 2007 insgesamt vier Milliarden Euro in den Schulausbau für die Ganztagsbetreuung fließen. Davon waren für dieses Jahr bereits 300 Millionen Euro vorgesehen. Doch viele Bundesländer zögern mit dem Abruf der Gelder, weil diese nur für Investitionen verwendet werden dürfen. Die zusätzlichen Personalkosten müssen die Länder allein aufbringen. Derzeit ist völlig unklar, in welchem Ausmaß die Fördermilliarden tatsächlich zum Aufbau echter Ganztagschulen beitragen werden. Die CDU-geführten Länder setzten durch, dass bereits ein Ganztagsangebot an drei Tagen pro Woche mit insgesamt sieben Stunden ausreicht, um eine Schule für das Programm zu qualifizieren. Zudem müssen wegen des Geburtenknicks in Ostdeutschland viele Schulen



Ganztagschule in Berlin

NORBERT MICHALKE

geschlossen werden, die bisher ganztägige Betreuung anboten. Das im Wahlkampf proklamierte Ziel, mit der Bundesförderung 10 000 neue Ganztagschulen einzurichten, hat Bulmahn darum mittlerweile aufgegeben. Diese Zahl „kommunizieren wir schon seit Monaten nicht mehr“, erklärte ein Ministeriumssprecher.



Bulmahn

TIM BRAKEMEIER / DPA



GSG-9-Beamte

FOTOPRESS / JULIE EIN BILDERDIENST

IRAK

Schutz für THW

Aus Sorge vor Anschlägen lässt das Bundesinnenministerium die in den Irak entsandten Experten des Technischen Hilfswerks (THW) von der GSG 9 schützen. Die nach Bagdad abkommandierten Spezialisten der Anti-Terror-Einheit des Bundesgrenzschutzes sollen für die Sicherheit der vier THW-Experten sorgen, die Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im September losgeschickt hatte. Sie sollen beim Wiederaufbau des Trinkwassernetzes im Irak helfen. Wegen der prekären Sicherheitslage verfügt das THW-Kommando über gepanzerte Fahrzeuge.

BUNDES RAT

Rentendeal der
Ostländer

Im Potsdamer Schloss Cecilienhof wollen die Ministerpräsidenten der neuen Länder am 9. November auf Einladung von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) in einem Kaminesgespräch darüber beraten, welche Strategie sie in den Verhandlungen über die anstehenden Reformvorhaben – etwa Hartz-Gesetze oder die Reform der Gemeindefinanzen – am besten verfolgen. Brandenburg und Sachsen

werben für ein Kompensationsgeschäft mit dem Bund. Der drohende Kaufkraftverlust durch die Einschnitte bei den Langzeitarbeitslosen etwa, der dem Osten ein Minus von rund einer Milliarde Euro bescheren könnte, würde ausgeglichen, wenn der Bund die neuen Länder bei den Altersbezügen der früheren DDR-Elite entlastet. 2002 summierten sich die Aufwendungen für die Sonderrenten auf etwa 2,7 Milliarden Euro. Im Namen ihrer Kollegen appellierte Brandenburgs Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD) an den Chef der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz, den Thüringer Dieter Althaus, er möge mit dem Bund „ausloten“, wie diese Zah-



Schloss Cecilienhof



Platzeck

MARC-STEFEN UNGER

lungen „global zu kompensieren“ seien. Platzeck (SPD) und Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) sind dafür, die Renten-Milliarden im Vermittlungsausschuss zu diskutieren. Dem Kanzleramt ist der geplante Deal bekannt.